



Sitzung vom

22. Juni 2021

Mitgeteilt den

28. Juni 2021

Protokoll Nr.

577/2021

Fraktionsauftrag SP

betreffend Unterstützung und Einbezug der Jugend während Corona-Pandemie
(Erstunterzeichner Rettich)

Antwort der Regierung

Die Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus haben den Alltag der gesamten Gesellschaft im vergangenen Jahr verändert. Die Einschränkungen der persönlichen Freiheiten und die Möglichkeiten zur Partizipation sind für alle Menschen in ihrer jeweiligen Situation herausfordernd. Mit einer breit angelegten Teststrategie, welche schweizweiten Vorbildcharakter hat, setzt sich der Kanton aktiv für eine möglichst rasche Rückkehr zur Normalität für die gesamte Bevölkerung ein.

Die Regierung war und ist sich der Situation von Kindern und Jugendlichen während der Corona-Pandemie bewusst und hat, soweit dies das Bundesrecht und die epidemiologische Situation zulassen, ihnen Erleichterungen ermöglicht. Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre waren von den Einschränkungen, welche in Graubünden per 4. Dezember 2020 erlassen wurden, ausgenommen. Die Lockerungen ab März 2021 behandelten die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit hoher Priorität und fokussierten mit der Öffnung von Sport- und Kulturangeboten auf die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen.

Das Offenhalten der Schulen zur Gewährung möglichst gleicher Bildungschancen und weiteren sozialen und entwicklungsförderlichen Aspekten war nach der ersten Welle eines der obersten Credos in Graubünden. Die Bündner Teststrategie bezog die Schulen sehr früh mit ein, um einen Unterricht mit möglichst wenigen Einschränkungen zu ermöglichen. Nebst Angeboten der Eltern-, Erziehungs-, Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung, welche unabhängig der Pandemie grundsätzlich der gesamten Bevölkerung offenstehen, wurden die Schulen durch die Bildungsämter unterstützt, damit der Bildungsauftrag trotz der herausfordernden Lage umgesetzt werden konnte. Ebenso anerkannte Graubünden die Angebote der offenen Jugendarbeit im Vergleich zu anderen Kantonen sehr früh als soziale Einrichtungen an. Dies ermöglichte den Jugendlichen sich unter der Anwesenheit von Fachpersonen zu treffen und gemeinsame Zeit zu verbringen. Mit Jugendorganisationen standen einzelne Stellen der Verwaltung – unabhängig der Pandemie – regelmässig in einem wertvollen Austausch.

Die in der Öffentlichkeit als auch in Fachkreisen geführte Diskussion rund um Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche findet in Graubünden in Form eines Monitorings u. a. in der Fachkommission Kinderschutz und Jugendhilfe statt. Trotz der tiefen Fallzahlen bei den beteiligten Fachämtern, leitete sie bereits im Frühling 2020 Präventionsmassnahmen ein und verstärkte das Engagement betreffend Schutz von Kindern und Jugendlichen vor häuslicher Gewalt. Die Aktionstage gegen Gewalt standen unter dem Schwerpunktthema «Häusliche Gewalt – Kinder und Jugendliche mittendrin» "SCHAU HIN!" - Gemeinsame Aktionstage gegen Gewalt 2020 (gr.ch).

Nach einem Jahr Pandemie mehren sich Hinweise, dass "Die Corona-Krise [...] als «Brennglas» [wirkt], weil sie bestehende Tendenzen von Ungleichheit und Vorbelastung verstärkt. Die spezifischen Lebensumstände (z. B. die Familien- oder Wohnsituation sowie die finanzielle Situation) scheinen dabei von höherer Relevanz zu sein als die eigentlichen soziodemografischen Faktoren (wie Alter oder Geschlecht)." (Kessler, C. & Guggenbühl, L. [2021]. Auswirkungen der Corona-Pandemie auf gesundheitsbezogene Belastungen und Ressourcen der Bevölkerung. Ausgewählte Forschungsergebnisse 2020 für die Schweiz. Arbeitspapier 52. Bern und Lausanne: Gesundheitsförderung Schweiz).

Aufgrund dieser Erkenntnisse kommt die Regierung zum Schluss, dass die aktuell mit dem «Kantonalen Programm zum Aufbau und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik gemäss Art. 26 KJFG» beschlossenen konkreten Massnahmen bereits die richtige Akzente setzen, z. B. mit Pilotprojekten zu präventiven Hausbesuchsprogrammen, der Stärkung von niederschweligen Informations- und Beratungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, der Umsetzung der Empfehlungen zur ausserfamiliären Unterbringung der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) und der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) oder von Präventionsangeboten bei hochstrittigen Trennungsprozessen, Förderung von Partizipationsprozessen auf Gemeindeebene oder der Förderung von Vernetzung und Wissenserweiterung von Fachpersonen. Weiter prüft die Regierung die Auswirkungen der Pandemie auf die gesamte Bevölkerung laufend und ergreift, abhängig von der Entwicklung der Pandemie, die notwendigen Massnahmen.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Cavigelli".

Dr. Mario Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Spadin".

Daniel Spadin